

# Danziger Zeitung.

Nr. 19075.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 27. August. (W. L.) In Lemisham wurde der Conservative Penn mit 4585 St. gegen den Gladstonianer Warrington gewählt, welcher 2892 Stimmen erhielt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 27. August.

### Die politischen Zustände in Hinterpommern

haben in den letzten Tagen eine grelle Illustration erhalten, namentlich der gestrige scandaleöse Vorfall in Lauenburg spricht so laut und vernnehmlich, daß er eigentlich keines Commentars bedarf. Wohin soll es in unserem politischen Leben kommen, wenn ein solcher Terrorismus, eine so rücksichtslose Vergewaltigung bei den Parteien Gilt oder vielmehr Unstille würde? Es wird sich ja wohl sehr bald zeigen, daß diejenigen, welche etwa glauben, dem hinterpommerschen Bauern mit so übermüthigen groben Ausschreitungen zu imponiren, recht verfehlt speculiren. Die Gefolgschaft des frommen Bauernbundes hat damit ein Beispiel gegeben, das die Socialdemokraten, vor welchen ja der Bauernbund die Landbevölkerung angeblich bewahren helfen will, wahrscheinlich als unter ihrer Würde bezeichnen werden. Und diese Herren sprechen von „Verheerung“, wenn der allgemeine deutsche Bauern-Verein friedliche Versammlungen abhält, zu denen ihm übrigens in Hinterpommern so gut wie anderwärts das gesetzlich gewährte Recht zusteht. Es muß doch wahrlich sehr traurig um die Beweiskraft der Argumente der Patrone des Bauernbundes bestellt sein, wenn er zu solchen rohen Gewaltmitteln seine Zuflucht nehmen zu müssen glaubt, um die Gegner mundtot zu machen, wie sie der uns nachsehende, zur Ergänzung des gestrigen Telegramms uns heute von einem unbefangenen Versammlungsgast übersandte Bericht schildert:

Wie bereits früher gemeldet ist, hatte der Verbands-Vorstand Stolp des Allgemeinen Deutschen Bauernvereins bereits am 2. August die Ermächtigung des Schiedsgerichtes bei dem Vorstande der hiesigen Schiedsgerichte beantragt. Nachdem am 18. und 19. August der Antrag erneuert worden, wurde dem Stolper Verband am 20. August ein abschließender Bescheid erteilt; dann wurde dem Vorstand der Saal des „Deutschen Hauses“ und der Saal des „Hotel de Prusse“ ohne Angabe plausibler Gründe verweigert. Dem Vorstande blieb daher nur übrig, die sehr beschränkten Räumlichkeiten des „Hotel de Stolp“ für die Versammlung anzunehmen. An das „Lauenburger Kreisblatt“ richtete man das Ersuchen, die Ankündigung der Versammlung zweimal in Nr. 98 und 99 qu. Blattes aufzunehmen. Obgleich der Betrag hierfür vollständig bezahlt wurde und das Versprechen gegeben war, die Erfüllung des Auftrages prompt zu erledigen, so wurde doch die Annonce nur einmal aufgenommen, die zweite Aufnahme aber ohne vorherige Anzeige oder Entschuldigung unterlassen, weil, wie der Besitzer des Blattes behauptete, die erste Aufnahme qu. Inserates bereits unwillkürlich erfolgt habe (!) Das nunmehr beabsichtigte Aufhängen von Plakaten in der Stadt wurde dem Besitzer des „Hotel de Stolp“ durch den stellvertretenden Polizei-Verwalter Dr. Bieleh untersagt und nur das Ankleben derselben am Hotel gestattet. Vor Eröffnung der Versammlung, bei einer Vorberatung, constituirte sich der Verband Lauenburg, und es wurden zu Vorstandsmitgliedern die Herren Hofbesitzer Hofmeister-Bonhow, Treflin-Lauenburg, Lüthrich-Langehöse, Nahke-Lauenburg und Tüschke-Langehöse gewählt. Als der Vorstand dann das Versammlungsorte betreten wollte, war dasselbe bereits mit Gegnern der Versammlung und des Bauernvereins dermaßen angefüllt, daß kaum noch hinein zu kommen möglich war. Als man gleichwohl Miene machte, die Versammlung zu eröffnen, wurde, wie auf Commando, ein solcher Lärm erhoben, daß sich niemand, der sprechen wollte, vernehmen machen konnte. Ich habe in Wahlzeiten so mancher bewegten Arbeiter-, socialdemokratischen und sonstigen Versammlung beigewohnt, aber ein derartig tumultuäres Benehmen, wie es hier die Mitglieder des „christlichen Bauernbundes“ und ihre Patrone offen zur Schau trugen, habe ich sonst noch nirgend wahrgenommen. Nachdem dieser Tumult etwa eine halbe Stunde gedauert hatte, verzichtete der Vorstand des Bauernvereins auf jeden weiteren Versuch, mit diesen Gegnern zu discutiren und nahm von der Abhaltung der Versammlung Abstand. Trotzdem hielten die Gegner sich berechtigt, sofort ihrerseits eine Versammlung zu eröffnen, in welcher die Herren Rittergutsbesitzer v. Braunschweig-Mollin, v. Gottberg-Dülow und der Genosse des „Bauernbundes“ Lehmann aus Berlin sprachen. Bei dem vorangebeulenen Lärm konnte man wohl vernehmen, daß die alten Thematika des Bauernbundes als: „Fort mit dem Zwischhandel, der Börse“ u. verhandelt wurden, aber den Vorträgen so folgen war unmöglich. Als vielfach Verminderung darüber gekäuert wurde, daß in einem Lokal, welches der Bauern-Verein gemiethet hatte, ein gegnerischer Verein zu gleicher Zeit eine Versammlung abhalten dürfe, erhielt man die erste Antwort, daß auch die Anhänger des Bauernbundes eine polizeiliche Genehmigung zur Versammlung im Hotel de Stolp und zwar für dieselbe Stunde erhalten hätten!

Wir meinen, die Nothwendigkeit, daß in dem bisherigen Wahlkreise der Herren v. Hammerstein und v. Puttkamer auch die liberale Partei einmal ausreichend zum Wort kommt, konnte nicht überzeugender dargelegt werden, als es gestern in Lauenburg geschehen ist. Derartige Akte von Gewaltthätigkeit einer übermüthigen Partei, wie sie dort verübt worden sind, können ohne die Gefahr, unser ganzes öffentliches Leben zu vergiften, nicht geduldet werden, und sie dürfen in einem Lande, dessen Bürger das directe allgemeine, gleiche Wahlrecht ausüben haben, nicht geduldet werden. An der gebührenden Zurückweisung wird es hoffentlich in Stolp-Lauenburg nicht fehlen.

## Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke.

Der „Reichsanzeiger“ hat soeben, wie telegraphisch gemeldet, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke, welcher den Bundesrath nach Beendigung seiner Ferien beschäftigen wird, nebst einer ausführlichen Begründung veröffentlicht. Der Gesetzentwurf, dessen Wortlaut wir unten wiedergeben, zerfällt in vier Theile: Bestimmungen über die Ausübung der Gast- oder Schankwirtschaft, Bestimmungen über die Ausübung der Gast- oder Schankwirtschaft, Bestimmungen über die Ausübung der Gast- oder Schankwirtschaft, Bestimmungen über die Ausübung der Gast- oder Schankwirtschaft.

Dies sind die hauptsächlichsten, zum Theil offenbar recht ansehnlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs, welcher aus der Beratung im Reichstage wohl in wesentlich veränderter Form hervorgehen wird. Wir werden auf denselben noch des öfteren zurückkommen haben.

Der Wortlaut des Gesetzes ist folgender:

I. Bestimmungen über die Ausübung der Gast- oder Schankwirtschaft.

§ 1. Der § 33 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung:

Wer Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben will, bedarf dazu der Erlaubnis.

Diese Erlaubnis ist von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig. Sie ist außer dem Falle mangelnden Bedürfnisses nur dann zu verweigern:

1) wenn gegen den Nachuchenden Thatfachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Heilerie oder der Unflüchtigkeit mißbrauchen werde;

2) wenn das zum Betriebe des Gewerbes bestimmte Lokal wegen seiner Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügt.

Vor Ertheilung der Erlaubnis sind die Ortspolizei und die Gemeindebehörde gütlichlich zu hören.

§ 2. Als Kleinhandel gilt der Handel mit Branntwein oder Spiritus, welcher anders als in Gefäßen mit mindestens 50 Liter Inhalt stattfindet.

Die Landesregierungen können bestimmen, daß dauernd oder vorübergehend für den Umfang ihres Gebietes oder für Theile desselben als Kleinhandel auch der Handel mit Branntwein oder Spiritus in Gefäßen von größerem, jedoch weniger als 100 Liter betragendem Inhalt anzusehen ist.

Der Handel mit solchen Arten von Branntwein, deren Vertrieb nach feststehendem Geschäftsgebrauch in versiegelten oder verkapselten und außerdem etikettirten Flaschen erfolgt, gilt nicht als Kleinhandel, wenn die Abgabe in jedem einzelnen Falle in Mengen von mindestens 20 Liter erfolgt.

§ 3. Den Kleinhändlern ist verboten, Branntwein oder Spiritus in Mengen von weniger als 1/2 Liter abzugeben.

§ 4. Die Ertheilung der Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus ist in Ortschaften von mehr als 5000 Einwohnern an die Bedingung zu knüpfen, daß das Gewerbe nicht in Verbindung mit einem Kleinhandel anderer Art betrieben werde.

Die Lagerung von Branntwein oder Spiritus in Verkaufsräumen, welche einem anderen Gewerbe als dem Handel mit diesen Getränken dienen, ist in Ortschaften von mehr als 5000 Einwohnern untersagt.

Die Landesregierungen können bestimmen, daß diese Bestimmungen auch auf Gemeinden mit 5000 oder weniger Einwohnern Anwendung finden.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

a. auf Delicatessenhandlungen und Conditoreien,

b. auf Apotheken und Drogenhandlungen hinsichtlich des Verkaufs und der Lagerung von Branntwein in

versiegelten oder verkapselten und außerdem etikettirten Flaschen.

§ 5. Räume, welche zum Betriebe eines anderen Gewerbes dienen, dürfen zum Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft nicht benutzt werden und mit den für diesen benutzten Räumen nicht in unmittelbarer Verbindung stehen. Die höheren Verwaltungsbehörden sind befugt, im Einzelfalle Ausnahmen von dieser Vorschrift zuzulassen.

Die höheren Verwaltungsbehörden sind befugt, für ihren Bezirk die Anforderungen festzustellen, welche in baulicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung an die zum Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft bestimmten Räume zu stellen sind.

§ 6. In jeder Gast- oder Schankwirtschaft muß Vorrath getroffen werden, welche es ermöglicht, den Gästen auch andere als geistige Getränke, sowie die nach Lage der örtlichen Verhältnisse zu beschaffenden Speisen zu reichen.

Die Ortspolizeibehörden können für die einzelnen Gast- und Schankwirtschaften nähere Bestimmungen über die bereit zu haltenden Getränke und Speisen treffen.

Die Bestimmung des § 75 der Gewerbeordnung findet auf Schankwirtschaften entsprechende Anwendung.

§ 7. Gast- und Schankwirtschaften sind verpflichtet, selbst oder durch eine geeignete andere Person für die Aufrechterhaltung der Ordnung in ihren Räumen zu sorgen und alles zu verhindern, wodurch der Mißbrauch geistiger Getränke gefördert werden kann.

Die Landesregierungen können Vorschriften über die Zulassung weiblicher Bedienung in den Gast- und Schankwirtschaften erlassen.

§ 8. Durch Polizeiverordnung kann der Ausschank geistiger Getränke und der Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus Morgens vor 8 Uhr verboten und gleichzeitig vorgeschrieben werden, daß die Räumlichkeiten, welche dem bezeichneten Gewerbebetriebe dienen, so lange geschlossen zu halten sind.

§ 9. Den Gast- und Schankwirtschaften ist verboten, Personen, welche das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und sich nicht unter der Aufsicht großjähriger Personen befinden, geistige Getränke zum Genuß auf der Stelle zu verabreichen.

Dieses Verbot findet keine Anwendung auf die Verabreichung zur Befriedigung eines Bedürfnisses der Erfrischung auf Reisen, Ausflügen und bei ähnlichen Gelegenheiten.

§ 10. Den Gast- und Schankwirtschaften sowie den Kleinhändlern mit Branntwein oder Spiritus ist verboten, offensichtlich Betrunkene sowie solche Personen, von denen sie wissen, daß sie innerhalb der letzten drei Jahre wegen argernisregender Trunkenheit als gewohnheitsmäßige Trinker rechtskräftig verurtheilt worden sind, geistige Getränke zu verabreichen.

Gast- und Schankwirtschaften dürfen einen Betrunkenen, wenn sie in ihrem Gewerbebetrieb geistige Getränke verabreichen, aus ihren Räumen nur dann hinausweisen, wenn in hinreichender Weise dafür Sorge getragen ist, daß er nach Hause oder auf eine Polizeistelle geschafft wird. Die den Wirthsen erwachsenen nothwendigen Auslagen fallen dem Betrunkenen zur Last.

## II. Privatrechtliche Bestimmungen.

§ 11. Gast- und Schankwirtschaften dürfen geistige Getränke zum Genuß auf der Stelle nicht auf Borg verabreichen.

Die vorstehende Bestimmung findet auf die Verabreichung geistiger Getränke seitens der Gastwirthin an ihre zur Beherbergung aufgenommenen Gäste, sowie auf die Verabreichung von geistigen Getränken, welche üblicher Weise als Zubehör zu Mahlzeiten verabfolgt werden, keine Anwendung.

Die Bestimmung des Absatzes 1 findet entsprechende Anwendung auf die Lieferung von Branntwein oder Spiritus im Kleinhandel, sofern nicht die Lieferung mit Bezug auf den Geschäftsbetrieb des Empfängers erfolgt.

Forforderungen für Getränke, welche den vorstehenden Bestimmungen zufolge verabfolgt sind, können weder eingeklagt noch in sonstiger Weise geltend gemacht werden.

§ 12. Wer in Folge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag, oder sich oder seine Familie der Gefahr des Nothstandes aussetzt oder die Sicherheit anderer gefährdet, kann entmündigt werden. Der Entmündigte steht in Ansehung der Geschäftsfähigkeit einem Minderjährigen gleich, der das Mindestalter überschritten hat. Seine Fähigkeit zu selbstwilligen Anordnungen wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Der Entmündigte erhält einen Vormund. Auf die Vormundschaft finden die für Alters-Vormundschaften geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Der Vormund kann den Bevormundeten mit Genehmigung der Vormundschaftsbehörde in eine Trinkerheilanstalt unterbringen. Nach der Vormund von dieser Befugnis ungeachtet eines vorliegenden Bedürfnisses keinen Gebrauch, so kann die Unterbringung von der Vormundschaftsbehörde angeordnet werden.

Die Entmündigung ist wieder aufzuheben, wenn keiner der im Absatz 1 bezeichneten Gründe mehr vorliegt.

Auf das Verfahren finden die Bestimmungen über die Entmündigung von Verwundten (§§ 621 bis 627 der Civilprozeßordnung) mit der Maßgabe Anwendung, daß eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft in demselben Umfange stattfindet, wie sie für das Verfahren bei der Entmündigung wegen Geisteskrankheit in den §§ 595 Absatz 2, 597 Absatz 3, 602, 604, 607, 616, 619, 620 Absatz 2 der Civilprozeßordnung vorgeschrieben ist.

## III. Strafbestimmungen.

§ 13. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmung des § 3 werden mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark bestraft.

§ 14. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 9 und 10 und gegen die auf Grund des § 7 Absatz 2 und des § 8 erlassenen Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

§ 15. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer den Vorschriften im § 11 Absatz 1—3 zuwiderhandelt, sofern er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er durch die Creditgewährung dem Gange des Empfängers zum übermäßigen Genuß geistiger Getränke Vorschub leistet.

§ 16. Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft, wer Personen, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, mittels geistiger Getränke vorsätzlich in den Zustand der Trunkenheit versetzt.

Inhaber einer Gast- oder Schankwirtschaft, welche die im Absatz 1 bezeichnete Handlung bei Ausübung ihres Gewerbebetriebes begehen, werden mit Geld-

strafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

§ 17. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer bei Verrichtungen, welche zur Verhütung von Gefahr für Leben oder Gesundheit anderer oder von Feuergefahr besondere Aufmerksamkeit erfordern, sich betrinkt, oder wer betrunken in anderen als in Nothfällen solche Verrichtungen vornimmt.

§ 18. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer in einem selbstverschuldeten Zustand argernisregender Trunkenheit an einem öffentlichen Orte betroffen wird. Ist der Beschuldigte dem Trunke gewohnheitsmäßig ergeben, so tritt Haft ein.

§ 19. Die der Militärgerichtsbarkeit unterworfenen Militärpersonen sind in den Fällen der §§ 17 und 18 mit Arrest bis zur gesetzlich zulässigen Dauer zu bestrafen. Die Bestrafung kann im Disciplinarwege nach Maßgabe des § 3 des Einführungs-Gesetzes zum Militär-Strafgesetzbuch für das deutsche Reich vom 20. Juni 1872 erfolgen.

§ 20. Im Falle des § 18 Absatz 2 finden die Bestimmungen des § 362 Absatz 2 und 3 des Strafgesetzbuchs mit der Maßgabe Anwendung, daß an Stelle der Unterbringung in ein Arbeitshaus und der Verwendung zu gemeinnützigen Arbeiten die Unterbringung in eine Trinkerheilanstalt tritt.

§ 21. Ist auf Grund des § 361 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs die Beurtheilung wegen Trunkens erfolgt und auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, so tritt an Stelle der Unterbringung in ein Arbeitshaus und der Verwendung zu gemeinnützigen Arbeiten die Unterbringung in eine Trinkerheilanstalt.

## IV. Schlußbestimmungen.

§ 22. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft sowie über den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus und die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf Consum- und andere Vereine auch dann Anwendung, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.

§ 23. Durch Beschluß des Bundesrathes kann der Kleinhandel mit Branntwein, welcher behufs steuerfreier Verwendung zu den im § 1 Absatz 4 Ziffer 2 des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, vom 24. Juni 1897 (Reichsgesetzbl. S. 253) bezeichneten Zwecken der amtlichen Abfertigung unterliegen hat, abweichend von den Vorschriften der Gewerbeordnung und dieses Gesetzes geregelt werden.

Urkundlich u.

Gegeben u.

Die dem Entwurfe beigegebene Begründung umfaßt volle zehn klein gedruckte Spalten des „Reichsanzeigers“ und enthält außer der Begründung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs eine umfangreiche Statistik über den Umfang des Verbrauchs geistiger Getränke in Deutschland, über die Folgen des Mißbrauchs (Arankheiten, Selbstmorde, Verbrechen und Rückfälligkeit der Verbrecher), über die Zahl der Schankstätten in den einzelnen Staaten des deutschen Reiches u. s. m.

„Die Gesetzgebung des deutschen Reiches ist, so weit sie sich mit der Regelung der den Betrieb geistiger Getränke bezweckenden Gewerbe und den Folgen des Mißbrauchs dieser Getränke befaßt hat, im Vergleich mit den Gesetzgebungen anderer Staaten bisher eine verhältnismäßig wenig eingehende gewesen“, heißt es an der Spitze der Begründung, und es werden dann sofort die bestehenden Bestimmungen aufgezählt. Zur Vergleichung mit dem Neuen, das der Entwurf bietet, dient folgende Stelle:

Inoffiziell des Gewerbebetriebes kommen an reichsrechtlichen Vorschriften einige Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung in Betracht. Der § 33 erfordert zum Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus eine von dem Nichtvorhandensein gewisser Verhältnisse abhängige und unter Umständen durch den Nachweis des Bedürfnisses bedingte Erlaubnis. Der § 56 verbietet den Ankauf oder das Selbstheben geistiger Getränke im Umherziehen, und nach § 56a entbitt ist das Aufsuchen von Bestellungen auf Branntwein und Spiritus bei Personen, in deren Gewerbebetrieb dieselben keine Verwendung finden, vom Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeschlossen. Die Gewerbestatistik vom 27. December 1872 § 84 bestraft Trunkenheit im Schiffsdienst. Nach dem Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1872 bildet bei strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung, sowie bei allen in Ausübung des Dienstes begangenen strafbaren Handlungen die selbstverschuldeten Trunkenheit keinen Straf-milderungsgrund (§ 49). Dasselbe Gesetz verhängt ferner Strafen, wenn sich jemand aus Feigheit durch ab-sichtlich veranlagte Trunkenheit dem Gesichte oder vor dem Feinde einer sonstigen, mit Gefahr für seine Person verbundenen Dienstleistung zu entziehen sucht (§ 85), sowie wenn jemand im Dienste, oder, nachdem er zum Dienste befehligt worden, sich durch Trunkenheit zur Ausübung seiner Dienstverrichtung untauglich macht (§ 151 vgl. auch § 141). Das Strafgesetzbuch endlich bedroht in §§ 361, 362 mit Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde denjenigen, der sich dem Spiel, Trunk oder Mithingang dergestalt hingibt, daß er in einen Zustand geräth, in welchem zu seinem Ernährer oder zu dem Unterhalt derjenigen, zu deren Ernährer er verpflichtet ist, durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Nach § 365 des Strafgesetzbuchs kann bestraft werden, wer in einer Schank-stube u. s. w. über die gebotene Polizeistunde hinaus verweilt, ungeachtet er von einer hierzu befugten Person zum Weggehen aufgefordert worden war. Ebenso macht sich der Wirth straffällig, welcher das Verweilen seiner Gäste über die gebotene Polizeistunde hinaus duldet.

Daß diese gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der durch den Mißbrauch geistiger Getränke hervorgerufenen moralischen, wirtschaftlichen und socialen Uebel nicht ausreichen, ist durch zahlreiche Erörterungen, welche während der letzten Jahre in der Presse und in der wissenschaftlichen Literatur stattgefunden haben, außer Zweifel gestellt worden.

Es folgen nun in der Begründung einige Spalten literarischer und statistischer Belege und dann heißt es weiter:

Bei der Prüfung der Frage, ob und wie weit weitere gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Trunksucht geboten seien, ist zu beachten, daß die heutige Gestaltung unseres wirtschaftlichen und socialen Lebens eine im Vergleich zu der Vergangenheit erhöhte Anspannung der körperlichen und geistigen Kräfte des Ein-



zelen und gesteigerte Aufregungen zur Folge hat. Es ist ferner zu erwägen, daß mit der Vervielfältigung der Genüsse überhaupt und der zunehmenden Leichtigkeit, dieselben zu erlangen, auch die Neigung fast sämtlicher Bevölkerungsschichten zum Alkoholgenuss wächst. Die Ueberzeugung, daß den daraus sich ergebenden Gefahren wirksamer als bisher entgegengetreten werden müsse im Interesse der Moralität, der Steigerung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen, sowie des ferneren wirtschaftlichen Aufschwunges und der geistigen Entwicklung der Nation, ist in den weitesten Kreisen verbreitet.

Nachdem bisher von der Gesetzgebung versucht worden ist, einzelne Seiten dieser Angelegenheit zu ordnen, nachdem ferner zahlreiche Gesetze wegen Ergriffung weiterer Maßregeln gegen den Alkoholismus an die Reichsregierung, den Reichstag und die Einzelregierungen gerichtet worden sind, erscheint nunmehr nach dem Vorgange anderer Staaten der Erlass eines die Materie erschöpfenden Reichsgesetzes geboten.

#### Die Steuererhebung.

Entsprechend der bisherigen Verschiedenheit in der Bemessung der Steuerhöhen und der Veranlagung zwischen der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer war auch die Steuererhebung verschieden geregelt. Als mit der Einkommensteuerreform die erstere Verschiedenheit beseitigt wurde und die Einkommen von 900 Mk. aufwärts nach einem einheitlichen Tarife zur Staatssteuer herangezogen, sowie auch, abgesehen von der Declarationspflicht, gleichmäßig veranlagt werden sollten, lag der Gedanke nahe, auch die Steuererhebung einheitlich zu regeln. Es boten sich dafür zwei Wege: entweder man überließ die Erhebung ganz den Kommunen oder der Staat selbst nahm sie in die Hand. Jedoch man mußte sich, schreiben die „Pol. Nachr.“, bald überzeugen, daß vor der Durchführung des neuen Einkommensteuergesetzes an die Verwirklichung des Planes in der einen oder anderen Richtung nicht zu denken war. Der § 73 des neuen Einkommensteuergesetzes weist denn auch die Bestimmung auf, daß es hinsichtlich der örtlichen Erhebung der Steuer bis auf weiteres bei den bestehenden Vorschriften mit der Maßgabe verbleibt, daß die bisher zur örtlichen Erhebung der Klassensteuer verpflichteten Gemeinden und Gutsbezirke die Steuer von Einkommen von nicht mehr als 3000 Mk. zu erheben haben. Für die Steuererhebung erhalten die Gemeinden und Gutsbezirke eine Vergütung von 2 Proc. der Einnahme der Steuer. Demnach wird also die Steuererhebung vorläufig auch in Zukunft so wie bisher gehandhabt werden. Die Verhandlungen über die einheitliche Regelung der Steuererhebung schweben jedoch noch und es steht zu hoffen, daß sie nach völliger Durchführung des neuen Einkommensteuergesetzes zu einem positiven Ergebnis führen werden.

#### Französische Stimmen über das Moltke-Werk.

Ueber den kürzlich erschienenen dritten Teil der nachgelassenen Werke des Grafen Moltke, betreffend den Krieg 1870/71, hat sich die französische Presse bis jetzt vorwiegend referierend geäußert. Günstig liegt bei den größeren anständigen Blättern das Bestreben vor, eine gewisse Objectivität in der Beurteilung zu bewahren, soweit dies einem Franzosen Deutschland gegenüber möglich ist. Eigentlich sachmännische Urtheile sind noch nicht bekannt geworden, und doch würden gerade diese natürlich die weitest interessanteren bei der Kritik eines in einem so eminent sachmännischen Sinne abgefaßten Werkes sein. Von diesen Urtheilen wird man auch wohl erwarten können, daß sie sich mehr an die Sache selbst halten und nicht den großen Gegner mit Vorwürfen überhäufen werden, als habe er dem französischen Genie und der französischen Tapferkeit nicht genug Lob angedeihen lassen. Denn trotzdem Moltke, wo er nur immer kann, ja mit einer gewissen Ostentation, die französischen Generale, einzelne Truppentheile, einzelne Actionen in der anerkanntesten Weise beurtheilt, findet man in Paris doch seine Geschichtsschreibung noch partiell. Hatte Moltke die Franzosen befriedigen wollen, so hätte er allerdings nicht mehr und nicht weniger thun müssen, als ihnen noch nachträglich den Sieg zuerkennen. So meint der „Matin“, Hr. v. Moltke scheine nicht zu wissen, daß er durch — gar nicht existierende — Verschweigen der zahllosen französischen Ruhmesthaten nur sein eigenes Werk verkleinere. Von den chauvinistischen Heßblättern vom Schlage der „Petite République Française“ will ich nicht reden. Die officiösen Blätter, wie „Temps“, „Globe“, „Echo de Paris“, das Organ des Kriegsministeriums, benehmen sich übrigens würdevoll. Das letztere Blatt erkennt sogar die klassische Sprache und Darstellungsweise des Werkes an und bemerkt ohne jede Bitterkeit, daß es dem Marschall gelungen sei, aus der deutschen wissenschaftlichen Militärsprache alle Worte fremden (französischen) Ursprungs, an denen dieselbe bisher so reich gewesen, ohne Nachtheil für die Eleganz und Klarheit des Ausdrucks auszumergen. Ein Punkt, welcher alle Pariser Zeitungen ausnahmslos ärgert, ist der, daß Moltke den Marschall Bismarck nicht für einen Verräther gelten lassen will. In diesem Punkte ist man hier um so hitziger, als man längst das dunkle Gefühl hat, daß die kühleren deutsche Auffassung, deren Vollmetz in diesem Falle der ehemalige Chef des preussischen Generalstabes ist, doch wohl die richtige sein dürfte. Am schlimmsten ergeht es bei Besprechung der Moltke'schen Memoiren dem „Temps“, der sich gefallen lassen muß, weidlich deshalb verhöhnt zu werden, daß gerade er, das hochpatriotische, hochstaatsmännische und hochdiplomatische Blatt, es war, welches nach dem Zeugnis des Feldmarschalls Moltke durch unzweifelnde Insubordination oder Berichte nicht wenig zu der Katastrophe von Sedan mit beigetragen hat.

#### Der Kampf in Chile

Scheint sich thatsächlich mehr und mehr zu Ungunsten der Congresspartei gestaltet zu haben. Eine Londoner Depesche des „Herald“ bringt folgende Ergänzungen der bisherigen Meldungen: „Den neuesten Nachrichten aus Lima zufolge herrsche durchaus kein Zweifel mehr darüber, daß Balmaceda Erfolg ein vollständiger gewesen und daß sich die Insurgenten bei Valparaiso in hilfloser Lage befinden. Es scheint, daß Balmaceda von den Plänen der Insurgenten unterrichtet, daher völlig vorbereitet war, sohin auch die Expedition gegen Iquique nicht ausführt, sondern den Angriff der Insurgenten erwartet habe. In Folge der jetzt eingetroffenen Nachrichten herrscht in Valparaiso große Aufregung und vollständiger Geschäftstillstand. Die Nachricht von der Niederlage der Insurgenten wurde von den Anhängern des Präsidenten Balmaceda freudig aufgenommen. Der neugewählte Präsident Claudio Búna unterstützt Balmaceda nach Kräften. Es scheint, daß letzterer die Ankunft des gepanzerten Kreuzers „Presidente Errázuriz“ abwarten gedenkt, bevor er einen Angriff zur See unternimmt. Die Schlacht, welche mit der Nieder-

lage der Insurgenten endete, soll eine sehr blutige und hartnäckige gewesen sein. Es fielen Mann gegen Mann und wurde Parolen weder gefordert noch gegeben. Die meisten Gefangenen sind verwundet.“

Uns ging heute ferner folgendes Telegramm zu:

London, 27. August. (W. T.) Die hiesige chilenische Gesandtschaft erhielt am 26. August ein Telegramm aus Chile, wonach die Insurgenten vollständig von den Truppen Balmacedas umzingelt sind. Letztere haben ausgezeichnete Positionen inne und rechnen bestimmt auf abschließlichen Sieg.

Es ist hierbei freilich nicht zu übersehen, daß diese Nachricht aus dem Lager Balmacedas stammt, also höchst wahrscheinlich nichts weniger als objectiv ist. Es müssen daher weitere Berichte abgewartet werden, um klar sehen zu können.

Die sämtlichen Streitkräfte der Congresspartei werden von Jorge Monti, Capitän der Flotte und Präsidenten der provisorischen Regierung, befehligt. Unter ihm steht als Oberbefehlshaber der Landtruppen Oberst Estanislao del Canto. Dieselben sind in 4 Divisionen getheilt, jede zu 6—7 Bataillonen Fußvolk, 1 Schwadron und 1 „Bataillon“ Artillerie, zusammen höchstens 10 000 Mann. Die Stärke der Streitkräfte Balmacedas wird verschieden, zwischen 15 000 und 20 000, angegeben.

Das Städtchen Vina del Mar, wo die Kämpfe tobten, ist ein beliebter Sommeraufenthalt in ebener Lage. Daneben liegt an der Küste das Fort Callao, das, wie die übrigen Befestigungen um Valparaiso, vor einem Angriff von der See aus sichern soll, nach Süden schließend sich an die Batterien Pudeto und Caleta mit einigen Geschützen. Es sind die einzigen vorgeschobenen Befestigungen nördlich von Valparaiso. Südlich der Stadt liegen an der Bucht drei wichtige, mit schweren Geschützen bewaffnete, stark besetzte Batterien und die alte Citadelle. Ihre Geschütze beherrschen nur die Seeseite. Nach der Landseite zu ist die Stadt von steinernen Mauern mit zahlreichen Thoren umgeben, sie können von der Feldartillerie mühelos zusammengeköpft werden.

#### Deutschland.

\* Berlin, 26. August. Der Kaiser hat heute bei der Frühstückstafel im Neuen Palais Veranlassung genommen, das neue Weizen-Commissariat einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

\* [Die Kaiserin Friedrich] soll, wie ein Correspondent der „Daily Telegraph“ seinem Blatte schreibt, die Absicht haben, ihre sämtlichen Kunstschätze aus Berlin nach Schloss Aronberg bringen zu lassen, um so aus ihrem Taunusheim unter Heranziehung von Künstlern und Gelehrten ein modernes Weimar zu schaffen.

\* [Ein recht heiteres Stückchen] knüpft sich an die fleischliche Verfolgung des Herrn Fusangel. Beganene Woche machte ein Verwandter desselben, der Fusangel ähnlich sieht und dazu auch diesen Namen trägt, der Schwester desselben einen Besuch in Barmen. Kurze Zeit darauf erscheint ein höherer Polizeibeamter und verlangt die Auslieferung des Chefredacteurs Fusangel, der sich da verborgen habe. Man vernommt den Polizeibeamten von der Unrichtigkeit seiner Annahme nicht zu überzeugen, und stellte man demselben schließlich den vermeintlichen Sünder vor. „Im Namen des Gesetzes“ sind die Verhafteten, mit diesen Worten wurde der Arglose begrüßt. Indes ward die „glückliche Erwischung“ des Herrn Fusangel bald zu Wasser, denn der Verwandte zog seine Legitimation hervor und der Polizeibeamte entfernte sich unterrichteter Sache.

\* [An der Fertigstellung des Begasbrunnens] auf dem Schloßplatz wird jetzt eifrig gearbeitet. Das untere große Granitbecken ist fertig; aus der Mitte heben sich bereits mehrere Bronzetheile, Felsblöcke und Seeungeheuer darstellend, empor. Nur noch einige Tage und dieser staunenerregende massige Unterbau wird den Bauarbeiten übergeben, so daß mit der Auffüllung der großen, aus einem Stück gearbeiteten schwedischen Granitkugel, für welche das Gebeugeriet bereits fertiggestellt, begonnen werden kann.

\* [Zur Frage der Befehdung des erzbischöflichen Stuhles von Posen-Gnesen] bringt der „Sonntag“ die Mittheilung: In Posen circulire das Gerücht, der apostolische Stuhl habe dem Drängen der preussischen Regierung insoweit nachgegeben, als er sich damit einverstanden erklärt habe, daß zum Erzbischof von Gnesen-Posen ein Deutscher, aber aus der Erzdiocese Gnesen-Posen, ernannt werde.

\* [Der 15. Verbandstag der deutschen Stellmacher und Wagenbauer] findet vom 4. bis 6. Septbr. in Berlin statt. Am 7. Septbr. feiert die Berliner Innung das Fest ihres 350jährigen Bestehens u. a. mit der feierlichen Weihe der neuen Innungsfahne und der Aufführung eines historischen Festspiels. Jeder selbständige deutsche Wagnermeister resp. Stellmachermeister kann gegen Lösung einer Theilnehmerkarte (Preis 75 Pf.) an den Verhandlungen des Verbandstages theilnehmen.

\* [Eine Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Lehranstalten] wird nach der „Kreuzzeitg.“ geplant.

Aus Schlesien, 24. August, wird der „Börs. Ztg.“ geschrieben: Der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern veranlaßt das fürstliche Jagdschloß Rameraut in Trachenberg größere und kleinere Ackerparzellen von mittlerer Bodenbeschaffenheit gegen die Verpflichtung ein Wohnhaus mit Wirtschaftsgebäuden auf dem Grundstück zu errichten an Bewerber, welche ein Kapital von mindestens 300 Mk. nachweisen können, auch ohne Anzahlung zu verkaufen. Dasselbe beabsichtigen andere Großgrundbesitzer zu thun in der Hoffnung, daß manche ländlichen Arbeiter dadurch bestimmt werden, sich festhaft zu machen. — Die ungenügende Roggenenernte, welche ihren Grund außer in der diesjährigen Mitternachts vorzugsweise in der schlechten Beschaffenheit des vorjährigen Saatguts hat, veranlaßt mehrere landwirtschaftliche Vereine Oberschlesiens, die gemeinsame Beschaffung von Saatroggen zu übernehmen. Jetzt hat in Arie Opper der Kreisaußschuß diese Beschaffung in die Hand genommen. Bei der Bestellung sind für den Centner fünf Mark anzuzahlen, das Restkaufgeld ist bei der Abnahme fällig.

Schwerin, 26. Aug. Die Nachtruhe des Großherzogs war durch Althennoth gestört, gleichwohl ist das Befinden zufriedenstellend.

Frankfurt a. M., 26. August. Zu Ehren des heute Abend beginnenden deutschen Städtefestes brennen in der elektrischen Ausstellung 700 bis 800 Glühlampen, welche durch Uebertragung der

Kraft von Lauffen aus gespeist werden. Dieselben repräsentiren 70 bis 80 Pferdekräfte.

Montjoie, 26. Aug. Bei der heute stattgehabten Erziehung zum Abgeordnetenhaus im 1. Wahlbezirk des Reg.-Bez. Aachen (Schleiden, Malmédy, Montjoie) an Stelle des bisherigen Abgeordneten Lucius, der sein Mandat niedergelegt hat, wurde der Candidat des Centrums, Landrichter Hermann Jerusalem zu Düsseldorf, mit 195 Stimmen von 199 gewählt. Der Candidat der Conservativen Landrath a. D. v. Frühbus zu Wallerode erhielt 4 Stimmen.

\* Aus München schreibt man der „Volks-Ztg.“: „Die vielfach aufgetauchte, Fälschung aller deutschen Universitäten“ in Riffingen reducirt sich nach eingehenden Berichten auf eine Ferienfeier der sogenannten „Bereine deutscher Studenten“, die längst durch ihre specifisch reactionäre und antisemitische Tendenz bekannt sind. Ihr Worsführer war auch in Riffingen der ebenso bekannte Studiosus Eichler. Thatsache ist, daß sich die bairischen Hochschulen München und Würzburg nicht einmal durch Deputationen vertreten ließen, weil in Baiern diese Species reactionärer Studios keine Vertretung hat. Die Militär-Kapelle von Regensburg, die sich bei der „Huldigung“ betheiligte, wurde sofort auf höheren Befehl telegraphisch zurückberufen und dieser Kapelle zur Strafe ihre Concert-Tournee inhibirt.“

Dom Rhein, 25. August. Am 1. April d. J. tritt die Abänderung der Gewerbeordnung in Kraft. Nach § 154 und § 120 des Reichsgesetzes wird den Gemeinden die Befugniß eingeräumt, die noch nicht 18 Jahre alten Lehrlinge und Gehilfen in Handlungsgeschäften durch Ortsstatut zum Besuch einer Fortbildungsschule zu zwingen. Ein Ministerialerlaß ersucht die Regierungs-Präsidenten, zu veranlassen, daß die Städte und Gemeinden, in denen gewerbliche oder kaufmännische Fortbildungsschulen bestehen, sich nach Anhören von Mitgliedern des Handwerker- und Handelsstandes darüber äußern, ob sie ein solches Ortsstatut zu erlassen gedenken. Die Barmer Handelskammer hat einstimmig den Befuchszwang verneint und die Verschiedenheit der Bildungsgrade, der Lehrzeit, der sonstigen Lehrbedingungen, der täglichen Arbeitszeit und der praktischen Ausbildung als Gründe genannt.

#### Frankreich.

Paris, 26. August. Die Polizei hat nunmehr den Antiquar entdeckt, bei welchem die zu dem Attentatsversuch gegen den Minister des Innern Constans, den Unterstaatssekretär Etienne und den Abtheilungschef im Colonien-Ministerium Treille verwendeten Bilder gekauft worden sind.

Die ausländischen Offiziere werden am 10. September zur Theilnahme an den Manövern in den Ost-Departements eintreffen. Die Stärke der manövrierenden Truppen wird 126 000 Mann betragen; dieselben werden nicht gegen einander, sondern gegen einen supponirten Feind kämpfen.

#### England.

Portsmouth, 26. August. Das französische Geschwader ist heute Vormittag 9 1/2 Uhr unter dem Salut der Forts und der englischen Kriegsschiffe nach Cherbourg abgegangen. (W. T.)

#### Von der Marine.

Das Schiffsjungen-Schulschiff, Fregatte „Moltke“ (Commandant Capitän zur See Freiherr v. Erhardt) ist am 24. August cr. in Teneriffa eingetroffen und beabsichtigt am 30. desselben Monats nach Porto Grande (Cap Verdeische Inseln) in See zu gehen.

\* Der Aviso „Grille“ ist auf einer Admiralitätsreise gestern in Stolpmünde eingetroffen und bleibt daselbst bis zum 29. d. Mts.

Am 28. August: Danzig, 27. Aug. M. A. 11.9, G. A. 5.1, G. U. 7.0. Wetterausblick für Freitag, 28. August: und zwar für das nordöstliche Deutschland.

Dieselfach heiter, sonst wolzig; ziemlich warm. Strichweise starke Regenfälle.

Für Sonnabend, 29. August: Veränderlich, strichweise Regen; leichte Winde. Temperatur wenig verändert.

Für Sonntag, 30. August: Wolzig, sonnig; mäßig warm. Regenfälle; früh Nebel.

Für Montag, 31. August: Wechselnd wolzig mit Regenschauern, theils heiter, warm.

Für Dienstag, 1. September: Dieselfach heiter, angenehm warm, wolzig; stellenweise Regen. Früh Nebel.

\* [Prinz Albrecht] trifft auf seiner Inspectionsreise, welche er nicht nur in seiner Eigenschaft als General-Inspector der Armee, sondern auch als Vertreter des Kaisers demnächst unternimmt, am 2. September, Abends 7 1/2 Uhr, in Stolp ein, reist am nächsten Tage nach Lauburg und am 5. September Nachmittags nach Danzig, wo der Aufenthalt bekanntlich bis zum 7. Vormittags dauert. Hier werden, wie schon mitgetheilt ist, zur Begrüßung des kaiserlichen Stellvertreters die Hauptstraßen der Stadt mit Flaggen z. g. geschmückt werden. Auch soll eine Illumination der städtischen und anderen öffentlichen Gebäude stattfinden, wozu die Vorbereitungen jetzt seitens des Magistrats getroffen werden. Man hofft, daß sich die Illumination dann auch auf Privatgebäude erstrecken wird. Am Abend des 6. September (Sonntag) soll bei Hrn. Oberpräsidenten v. Goltz, wo Prinz Albrecht voraussichtlich Quartier nehmen wird, ein Gartenfest stattfinden.

\* [Dom Cavallerie-Manöver.] Gestern hat bei Kulmbach das Zusammentreffen der beiden Cavallerie-Divisionen (aus dem Bereich des 2. und 17. Armeecorps) stattgefunden. Heute erreicht mit Zurückdrängung der Division des 2. Armeecorps das Cavallerie-Manöver sein Ende.

\* [Russisches Consulat.] Der Herr Regierungs-Präsident hat das Vorsteheramt der Kaufmannschaft benachrichtigt, daß nach einer Mittheilung des hiesigen kaiserlich russischen General-Consulats vom 7. d. Mts. das russische Vice-Consulat zu Thorn bis auf weiteres geschlossen worden ist, und daß alle bezüglich Consulsangelegenheiten jetzt wiederum von dem erwähnten General-Consulate erledigt werden.

\* [Zur Katholikenversammlung in Danzig] wird, wie das clericale „Westpr. Volksbl.“ meldet, Frhr. v. Schorlemer-Alst „bestimmt erscheinen.“

\* [Das russische Ausfuhrverbot] ist heute in Kraft getreten und somit von jetzt ab der Grenzübergang für Roggen, Roggenmehl und Kleie aller Art gesperrt. Wie heute ein Telegramm aus Mlaw hierher meldete, ist dort in Folge der sehr energischen Vorkehrungen der Marienburg-Mlawhaer Bahn der gesamte nach Danzig be-

stimmte Getreideexport noch rechtzeitig über die Grenze gebracht worden, was bei den für Königsberg bestimmten Sendungen nicht in vollem Umfange geglückt sein soll. Hier kamen heute ca. 250 Waggons russischen Getreides an. Die Preise an der Börse blieben im großen und ganzen unverändert. In Königsberg hatte man am Montag 475, Dienstag 471, gestern 415 Waggons russischer Zufuhr.

\* [Lebensmittelpreise.] Die Kartoffelpreise sind in den letzten Tagen hier wieder nicht unerheblich gestiegen. Auch die Fleischpreise sind abermals in steigender Bewegung. Aus Königsberg wird dieselbe Erscheinung gemeldet.

\* [Personalien beim Militär.] Dem neuen Oberpräsidenten von Ostpreußen, Grafen Udo zu Stolberg-Wernigerode, Major à la suite der Armee, ist der Charakter als Oberstleutnant verliehen und der Second-Lieutenant der Garde-Reserve v. Neefe und Obisbau (früher in Danzig) zum Premier-Lieutenant befördert worden.

\* [Amtsanwaltschaft in Joppot.] Der kgl. Criminal-Beiraths-Commissarius a. D. Richard in Joppot, bis vor einigen Jahren Vorsteher des I. Criminalbezirks in Berlin, vorher Gerichtsbeamter in Danzig, ist an Stelle des verstorbenen Hrn. Erpenstein zum Amtsanwalt bei dem Amtsgericht in Joppot ernannt worden.

\* [Archivbesuch.] Der Predigtamts-Candidat Otto Man aus Marienwerder ist zum Pfarrvicar in Hütte (Diocese Pr. Stargard) berufen und durch den General-Superintendenten Dr. Taube ordinirt worden.

\* [Schöffengericht.] Heute fand Termin zur Hauptverhandlung beim hiesigen Schöffengericht gegen den Malergehilfen Franz Kieps, früher hier, jetzt in Berlin, wegen öffentlicher Beleidigung des Polizeicommissarius Art hier an. In einer öffentlichen Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins am 21. Januar cr. trat der Angeklagte als Hauptredner auf und theilte der Versammlung unter anderem auch mit, daß der hiesige socialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein in naher Zeit ein gemüthliches Zusammensein zu feiern beabsichtige, und daß er, Kieps, hierzu den Tag erst später bekannt machen könne. Es sei nun leider vorgekommen, „daß uns die Polizei unser bisheriges Lokal abgetrieben habe, ein Beamter der hiesigen Polizeibehörde habe da eingegriffen und seine amtlichen Befugnisse weit überschritten. Es sei traurig, daß so etwas in Danzig passieren kann.“ Er, Kieps, werde die Sache gegen diesen Beamten weiter verfolgen, und falls ihm bewo. dem Verein nicht sein Recht würde, dann sei er gezwungen, diese Angelegenheit einem Herrn im Reichstage mitzutheilen. Der die Versammlung beaufsichtigende Polizei-Commissarius Sachse erklärte hierauf, daß er in den soeben gehörten Aeußerungen eine Aufregung gegen die hiesige Polizeibehörde finde und deshalb die Versammlung auflöse. Er bitte ihn, den Namen desjenigen Beamten zu nennen, der hier gemeint sei und der seine Befugniß überschritten haben solle. Hierauf erhob sich der Angeklagte und antwortete in lauter Stimme: Es ist der Polizei-Commissarius Art. Letzterer bezeichnete alle Angaben des Angeklagten als unwahr und stellte den Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung. Der Angeklagte behauptete, daß ihm der Badergeselle Höppler ausdrücklich mitgetheilt habe, daß der Polizei-Commissarius Art und ein Schuhmann seiner Mutter mit Schließung ihres Lokals Tischlergasse Nr. 12, welches sie bisher zum Versammlungslokal des Arbeiter-Bildungsvereins hergegeben habe, gedroht hätten, falls sie fernerhin in Versammlungen von Socialdemokraten abhalten lassen würden. Hr. Polizei-Commissarius Art gab an, er habe in einem seiner Berichte darauf hingewiesen, daß das Lokal wegen seiner geringen Höhe zu Versammlungszwecken nicht geeignet sei und es sei deshalb die Erlaubniß zur Abhaltung einer Versammlung nicht erteilt worden. Er habe jedoch niemals mit Entziehung der Concession gedroht. Er habe diese Angabe durch die Ausstellung der Witwe Höppler, welche damals Inhaberin der Restauration war, unterstützt wurde, hielt im Gegensatz zu seinen früheren Angaben der Badergeselle Höppler daran fest, daß Hr. Art ihm gesagt habe, wenn er die Socialdemokraten nicht abschaffe, würde ihm die Bude zugemacht werden. Der Gerichtshof nahm die Beleidigung des Polizeicommissarius Art für erwiesen an, zog aber als strafmildernd in Betracht, daß Kieps bisher noch nicht bestraft sei und als Vorstehender des Bildungsvereins in der Ausübung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er habe aber hierbei die von dem Gesetze bestimmten Grenzen überschritten und habe sich dadurch strafbar gemacht. Der Angeklagte wurde zu 150 Mk. Geldstrafe verurtheilt und dem Polizeicommissarius Art das Recht zugesprochen, das Urtheil in der „Danziger Zeitung“ auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

[Polizeibericht vom 27. August.] Verhaftet: 6 Personen, darunter 1 Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs, 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 4 Obdachlose. — Gefunden: 1 Regenschirm, 2 Portemonnaies, 1 Trauring, abgehoben von der kgl. Polizei-Direction; 1 graue Henne, abgehoben von der kgl. Commandantur, Langgarten Nr. 88. — Gestohlen: 1 neues rothes Tuchten-Portemonnaie, enthaltend ca. 20 Mark, zwei Viertel preussische Lotterieloose 41 214 und 22 994, ca. 10 Babebills für die Westpreußen und einige Zetteln, abgehoben bei der kgl. Polizei-Direction.

—ch- Dhrz, 27. August. Am 21. August starb das 11. Jahr alte Kind der Arbeiter B.ichen Chelete. Gleich nach dem Tode circulirte in der Drischaf unter den Leuten das Gerücht, daß das Kind in Folge Mißhandlung und Entziehung der nöthigen Nahrung gestorben sei. Das Gerücht kam zur Kenntniß der Ortspolizeibehörde, welche der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattete. Am Dienstag hatte sich nun eine Gerichtscommission unter Zuziehung zweier Gerichtsärzte hierher begeben, um den Thatsbestand aufzunehmen und die Section der bereits beerbigten Leiche zu bewirken. Die an Ort und Stelle aufgenommenen Feststellungen und die Section haben nun ergeben, daß die Verdächtigungen unrichtig gewesen sind, daß das Kind vielmehr eines ganz natürlichen Todes, und zwar an Lungenentzündung, gestorben ist, und daß das Kind nur in Folge seines krankhaften Zustandes im Wuchs und Nahrungszustande zurückgeblieben ist.

Marienburg, 26. August. Die Erntearbeiten gehen jetzt in unserer Niederung flott von Station. Die Gerste ist zum größten Theil eingesahren und von vielen Besitzern auch schon ausgedroschen. Auch die Haferernte ist jetzt in vollem Gange; von einigen Feldern ist der Hafer sogar schon eingesahren, so daß bei schönem Wetter der größte Theil noch in diesem Monat eingeheimt werden wird; natürlich ist trockenes Wetter unbedingt nöthig, wenn nicht ein Auswaschen, namentlich auch des Weizens, der theilweise noch in Sothen steht, die günstigen Ernteaussichten vernichten soll. (Marienb. Ztg.)

w. Gbing, 26. August. Eine Wasserhefe, die heute Nachmittags bei etwas stürmischem Wetter quer über das Frische Haff zog, brachte die Fischer Hermens und Arndt in eine verhängnisvolle Lage. Dieselben wurden so plötzlich davon erfaßt, daß sie mit ihren Rähnen nicht auszuweichen vermochten. Sie sahen keinen Rahn dreimal vollständig im Kreise gedreht und dann eine Strecke von etwa fünf Metern fortgeschleudert. Weil das Boot Rorheingelenk hatte, blieb es vor dem Renter bewahrt, so daß es mit dem bloßen Schreck davonkam. Schlimmer erging es dem Fischer Arndt, dessen Boot hippie und tief in den Strudel der Wasserhefe hineingezogen wurde. Als es, es nach ungefähr fünf Minuten auf der Höhe des Haffes mit dem Boden nach oben auftauchen sah und hinzu ruderte, fand er den Anlassen in völlig erschöpftem Zustande an der Bootskaute festgeklammert und vermochte ihn zu retten. Die kostbare Ladung des Bootes an Fischen ist ein Raub der Fluthen geworden.

J Marienwerder, 27. August. Von Finkenstein aus dem Kreise Rosenberg kommend, traf Herr Oberpräsident v. Goltz gestern Abend per Wagen hier







